

BUENOS AIRES-BRIEFING

September 2019

Janek Wilkens, Marcel Wich und Olaf Jacob

Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und deren Auswirkungen

Am Sonntag, den 30. August führte der amtierende argentinische Präsident Mauricio Macri mittels eines Dekretes die Devisenkontrollen wieder ein. Seit dem 01. September ist es für Privatpersonen nicht mehr möglich, monatlich mehr als 10.000 US-Dollar ohne eine Genehmigung der argentinischen Zentralbank zu erwerben oder ins Ausland zu überweisen. Ferner können Geldanlagen und Wertpapiere, deren Wert 600.000 argentinische Pesos, also 10.000 US-Dollar, überschreitet, nicht ohne Weiteres in US-Dollar umgetauscht werden. Für den durchschnittlichen Argentinier wird dies unmittelbar keine Auswirkungen haben, da das mittlere Jahreseinkommen im Jahr 2018 bei 11.627 US-Dollar lag. Vor allem Unternehmen spüren jedoch die Auswirkungen des Dekretes. Für den Kauf von Devisen sowie für deren Überweisung ins Ausland, deren Wert den maximalen Freibetrag übersteigt, wird nun eine Genehmigung der Zentralbank benötigt. Des Weiteren müssen größere Unternehmen Einkommen aus Exportgeschäften ab sofort innerhalb von fünf Tagen nach Zahlungseingang bzw. maximal 180 Tagen nach Verschiffsdatum in die heimische Währung wechseln. Bezüglich der Einnahmen aus Rohstoffexporten beträgt die Frist 15 Tage. Devisen, welche durch den Handel innerhalb eines Konsortiums generiert werden, unterliegen einer Umtauschfrist von 60 Tagen. Dies führt zu Problemen bei Verträgen mit längerfristigem Zahlungsziel. Auch auf dem Wohnungsmarkt führt die Devisenkontrolle zu Problemen, da Kaufverträge fast ausschließlich in US-Dollar mit unverzüglichem Zahlungsziel vereinbart werden und häufig sogar Barzahlung verlangt wird.

Die von der Regierung ab September angestrebte Inflation von monatlich 4,1 Prozent bis zum Ende des Jahres, würde zu einer akkumulierten Inflation von über 63 Prozent für das Jahr 2019 führen. Da die finanziellen Reserven der Unternehmen durch die Geldentwertung schwinden, wird der auf dem Schwarzmarkt gehandelte US-Dollar für die Unternehmen wieder attraktiver. Der Wechselkurs des sogenannten „Dollar-Blue“ liegt für gewöhnlich einige Pesos über dem offiziellen Wechselkurs. Das Ziel der Devisenkontrolle, die Verhinderung einer fortschreitenden Kapitalflucht, dürfte durch das Dekret allerdings weitestgehend erreicht werden. Im Zuge der Vorwahlen waren in den darauffolgenden Wochen bis zur Einführung der Devisenkontrollen insgesamt vier Milliarden US-Dollar an privatem Kapital aus dem Geldkreislauf entzogen worden. Viele Beobachter sehen die Befürchtung, dass Alberto Fernández eine ähnliche Wirtschaftspolitik wie die aktuelle Vizepräsidentenskandidatin Cristina Fernández de Kirchner während ihrer Amtszeit (2007-2015) betreiben wird, als Ursache der aktuellen Kapitalflucht. Die unklare (wirtschafts-)politische Ausrichtung einer möglichen neuen Regierung unter Alberto Fernández und Cristina Kirchner wird auch vom Internationalen Währungsfond (IWF) mit Vorsicht bewertet. Nachdem Argentinien im vergangenen Jahr ein Beistandskredit über insgesamt 57 Milliarden US-Dollar gewährt wurde, froh der Interimspräsident des IWF die Septemberrate über 5.4 Milliarden US-Dollar bis zum Amtsantritt der neuen IWF-Vorsitzenden Kristalina Georgieva in der ersten Oktoberwoche ein. Analysten halten eine Ausschüttung der Rate noch vor dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen am 27. Oktober für unwahrscheinlich.



Besuch in den Andenstaaten Bolivien und Perú

Im Rahmen einer zweitägigen Reise in die Andenstaaten Bolivien und Perú traf Alberto Fernández Mitte September den bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Santa Cruz de la Sierra, sowie den peruanischen Präsidenten Martín Vizcarra in Lima.

In den Gesprächen mit den beiden Staatsoberhäuptern bekräftigte Fernández erneut die Integration des südamerikanischen Kontinents stärken zu wollen und bezog sich in diesem Zusammenhang auf eine Umstrukturierung und Neuausrichtung der UNASUR. Während Bolivien nach wie vor Mitglied des Staatenbunds ist, gehört Perú, genauso wie Argentinien, dem PROSOUR an, welche ein Zusammenschluss der konservativen Bewegung der letzten Jahre in Südamerika ist. Der peruanische Präsident Vizcarra zeigte sich bezüglich einer Neuausrichtung der UNASUR gesprächsbereit, merkte jedoch an, dass die jeweilige Staatssouveränität durch die UNASUR nicht tangiert werden dürfe. Ein weiterer Themenschwerpunkt der Gespräche bildete die Krise in Venezuela. Alberto Fernández teilt mit dem peruanische Präsidenten Vizcarra, dessen Vorgänger Pedro Kuczynski eine entscheidende Rolle in der Etablierung der Lima-Gruppe spielte, die Auffassung, externe Interventionen in Venezuela vermeiden zu wollen und dass das Land selbständig eine Lösung erarbeiten müsse.

Impressum
 Konrad Adenauer Stiftung e.V.
 Auslandsbüro Argentinien
 Suipacha 1175, Piso 3
 C1008AAW Buenos Aires
 Argentinien
 info.buenosaires@kas.de
 www.kas.de/argentinien



**KONRAD
 ADENAUER
 STIFTUNG**